
Beschluss des 34.Landesjugendkongress in Regensburg vom 11. bis 13.April 2014

Demokratie ernst nehmen – TTIP und CETA stoppen!

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert einen sofortigen Verhandlungsstopp für das sich derzeit in Verhandlung befindende transatlantische Freihandelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership - TTIP). Die Verhandlungen, in denen das Freihandelsabkommen erarbeitet wird, sind höchst intransparent und undemokratisch. Es ist weder der Öffentlichkeit, noch zivilgesellschaftlichen Initiativen und nicht einmal EU-Parlamentarier*innen möglich, angemessenen Einblick in die Verhandlungen zu bekommen, da nur ausgewählte Vertreter*innen und Berater*innen an dem Prozess teilnehmen dürfen. Es ist nicht akzeptabel, dass der Inhalt des Abkommens der Öffentlichkeit nur über Leaks zugänglich gemacht wurde.

Die Folgen des Abkommens können die Politik der Europäischen Union auf Jahre festlegen. Die Weichen für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit werden hinter verschlossenen Türen gestellt. Weder die Öffentlichkeit noch die EU-Abgeordneten werden über den aktuellen Stand der Verhandlungen informiert. Wir fordern, dass der Prozess zu einem Freihandelsabkommen demokratisch und transparent gestaltet werden muss. Die Zukunft von Handelspolitik, Verbraucher*innenschutz, Arbeitsrecht und vielem mehr kann nicht in Hinterzimmern gestaltet werden.

Nicht der Abbau tariflicher Barrieren, wie Zölle oder Mengenbeschränkungen, stehen im Vordergrund des Abkommens: Mit dem Ziel der Beseitigung von nichttarifären Handelshemmnissen sind unter anderem die Angleichung von verschiedenen Rahmenbedingungen, z.B. in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Umweltschutz, Finanzdienstleistungen und Arbeitsrecht Teil der Verhandlungen. Der Versuch einer solchen Anpassung kann dazu führen, dass viele in der EU geltenden Regelungen entschärft werden, z.B. in Bezug auf genveränderte Lebensmittel, Fracking oder Kündigungsschutz. Auf der anderen Seite können schärfere Regelungen in den USA ihre Gültigkeit verlieren, wie z.B. Finanzmarktregulierungen. Insbesondere dass an den Verhandlungen neben Politiker*innen die Sicht der Wirtschaft sehr stark dominiert, lässt nicht darauf hoffen, dass Regelungen im Sinne der Verbraucher*innen entstehen..

Auch werden mit TTIP Deregulierung und Privatisierung verhandelt. Grundlegende Dienstleistungen wie Bildung, Wasserversorgung, Energieproduktion, die derzeit großteils öffentliche Aufgaben und staatlich organisiert sind, können der gesellschaftliche Kontrolle entzogen werden. Weiterhin soll mit TTIP eine „regulatorische Kooperation“ eingeführt werden. Unter dem Vorwand der Angleichung der Regulierungssysteme würde somit die Art der Erarbeitung von Gesetzen und Regulierungen in der EU geändert und sogenannte Konsultationsprozesse, die neuen Gesetzesinitiativen vorausgehen sollen, eingeführt. Während dieser Prozesse soll ein Austausch mit allen Interessensgruppen stattfinden, doch die Kräfteverhältnisse im Brüsseler Lobbydschungel lassen darauf schließen:

Beschluss des 34.Landesjugendkongress in Regensburg vom 11. bis 13.April 2014

Die US-Regierung und Unternehmen hätten in Zukunft umfassende Möglichkeiten auf Gesetzgebungsverfahren Einfluss zu nehmen, lange bevor Parlamente Dokumente zu Gesicht bekämen. Lobbyismus würde institutionalisiert werden und demokratische Politik wird ausgehöhlt.

Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit muss sich weg von bilateralen Abkommen innerhalb des globalen Nordens, hin zum Ziel von globaler Zusammenarbeit entwickeln. Wenn es ein solches Freihandelsabkommen gibt, müssen sich beide Verhandlungspartnerinnen ihrer internationalen Verantwortung bewusst sein. Unsere Vorstellung von wirtschaftlicher Zusammenarbeit ist nicht von einigen wenigen starken Akteur*innen im globalen Norden geprägt. Es muss eine gemeinsames Miteinander gefunden werden, bei denen sich alle Beteiligten wiederfinden können.

Ein besonderer Kritikpunkt an den Verhandlungen ist für uns der geplante Investorenschutz. Investor-Staats-Klagen, also die Möglichkeit für Unternehmen, Staaten vor Schiedsgerichten zu verklagen, wenn sie Gesetze auf eine Weise ändern, die dem geltenden Abkommen widersprechen, finden außerhalb des Justizsystems statt und unterminieren demokratische Prozesse. Unter diesen Umständen sehen wir keine Möglichkeit, dass TTIP ökologischen, sozialen und ökonomischen Ansprüchen genügen wird. Internationale Abkommen, die nur schwer wieder zu ändern sind, können nur unter Umständen entstehen, in denen alle Betroffenen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen von Beginn der Verhandlungen an Gehör finden können.

Auch das geplante Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada, CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement), lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern ab. Hier wurde ebenfalls strengt geheim verhandelt und inzwischen sind die Verhandlungen schon viel weiter als die der TTIP: Im Juni 2014 soll das Europäische Parlament darüber abstimmen. Wie bei TTIP geht es auch bei CETA um die Angleichung vom Standards in Bereichen wie Urheberrecht, Arbeitsrecht, der öffentlichen Beschaffung, Agrarrichtlinien und Umweltregelungen, um Liberalisierung und Privatisierung und juristische Sonderstellung für Konzerne. US-Unternehmen mit Standbein in Kanada könnten aufgrund der in CETA enthaltenen Investitionsschutzregeln ebenso gegen Gesetze der EU-Länder vorgehen, selbst wenn TTIP verhindert wird. Des Weiteren ist wegen der "Vertraulichkeit" der Dokumente nicht klar, ob Inhalte des gescheiterten ACTA-Abkommens (Anti-Counterfeiting Trade Agreement) nicht im CETA aufgenommen worden sind.